

1603/J XXI.GP  
Eingelangt am: 29.11.2000

### ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Andrea Kuntzl  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Waffen im Privatbesitz

In den letzten Jahren ist in Österreich eine Häufung von Bluttaten, die mit legal besessenen Schusswaffen verübt wurden, festzustellen. Die erst kürzlich verübte Bluttat an der 38-jährigen Mag. Maria D. in der Rektoratskanzlei der Universität Wien und dem anschließenden Selbstmord des mutmaßlichen Täters zeigt wiederum klar: Wäre in der jeweiligen Konfliktsituation keine Faustfeuerwaffe bereitgelegen, so wäre die Tat unterblieben oder zumindest erheblich erschwert worden.

Die Zahl der Faustfeuerwaffen in privater Hand ist in Österreich eindeutig zu hoch. Derzeit gibt es in Österreichs Haushalten fünf Mal mehr Waffen, als das Bundesheer und die Exekutive gemeinsam besitzen. Derzeit besitzen rund 350.000 Menschen ein waffenrechtliches Dokument und damit hat in den letzten 15 Jahren nahezu eine Verdoppelung der Waffenbesitzer stattgefunden.

Diese Entwicklung hat auch mit dem weit verbreiteten Irrtum zu tun, eine Schusswaffe im Haushalt würde die Sicherheit erhöhen. Es ist das Gegenteil der Fall - eine Schusswaffe bringt mehr Gefahr. Immer wieder wurden in den letzten Jahren Menschen Opfer von mit legalen Schusswaffen verübten Verbrechen, der größte Teil dieser Morde passierte innerhalb von Hausgemeinschaften, also dort, wo Opfer und Täter in Gemeinschaft gelebt hatten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

**Anfrage:**

1. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die große Anzahl von Schusswaffen in privater Hand zu verringern?
2. Werden Sie Initiativen setzen, dass es künftig als einziges waffenrechtliches Dokument nur mehr den Waffenpass gibt?
3. Werden Sie Initiativen setzen, dass es für Personen, die eine Schusswaffe besitzen dürfen, eine verpflichtende Schulung („Waffenführerschein“) im Umgang mit Waffen gibt?
4. Werden Sie Initiativen setzen, dass ein Waffenpass nur mehr für diejenigen Personen bewilligt wird, die Schusswaffen aus beruflichen Gründen oder zur Ausübung einer bestimmten beruflichen Tätigkeit benötigen?
5. Werden Sie Initiativen setzen, dass bei Hinweisen auf die Gewaltbereitschaft eines Menschen, ein vorläufiges Waffenverbot ausgesprochen wird?
6. Werden Sie Initiativen setzen, dass die anlasslose Kontrolle von Schusswaffen in Privatbesitz gesetzlich verankert wird?
7. Werden Sie Initiativen setzen, damit der Ermessensspielraum für die Waffenbehörden, ein waffenrechtliches Dokument auszustellen, abgeschafft wird?
8. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit es zu einer rückwirkenden Bedarfsprüfung und einem Verlässlichkeitstest bei Personen kommt, die bereits ein waffenrechtliches Dokument besitzen?